



NEUE AUFSTIEGSCHANCEN

Gleiche Wertschätzung für berufliche und akademische Bildung

Dialogpapier

der Projektgruppe

#NeueChancen – Wertschätzung für Bildung und Arbeit

ZUM DIALOGPAPIER

Neue Zeiten erfordern neue Ideen. Unter dem Titel „Projekt Zukunft #NeueGerechtigkeit“ erarbeitet die SPD-Bundestagsfraktion bis Sommer 2016 Antworten auf zentrale Zukunftsfragen für ein wirtschaftlich starkes und sozial gerechtes Land. Dabei setzen wir in sechs Projektgruppen auf einen breit angelegten Dialog mit Fachleuten, Verbänden und Organisationen sowie Bürgerinnen und Bürgern. Die erarbeiteten Konzepte sollen unmittelbar in die parlamentarische Arbeit der SPD-Fraktion einfließen.

Die Projektgruppe „#NeueChancen – Wertschätzung für Bildung und Arbeit“ wird in den nächsten Monaten neue Ideen für ein erfolgreiches und gerechtes Bildungssystem entwickeln, in dem die Menschen selbstbestimmt ihre Bildungsbiografien gestalten und ihre Potenziale bestmöglich gefördert werden. Dazu suchen wir den Dialog mit Expertinnen und Experten aus der Bildungspraxis – von der frühkindlichen Bildung bis zur Weiterbildung.

Das vorliegende Dialogpapier ist noch kein Beschluss der SPD-Bundestagsfraktion, sondern skizziert Herausforderungen und Handlungsfelder zur Ausgestaltung des Verhältnisses beruflicher und akademischer Bildungswege und wirft dazu konkrete Fragen auf. Zu diesen Fragen möchten wir mit Ihnen gerne ins Gespräch kommen und würden uns freuen, wenn Sie Ihre Expertise, Ihr Wissen und Ihre Erfahrung in den weiteren Prozess einbringen.

Oliver Kaczmarek MdB, Projektleiter

Dr. Daniela De Ridder MdB, stv. Projektleiterin

Mitglieder der Projektgruppe:

Dr. Karamba Diaby MdB

Saskia Esken MdB

Michael Gerdes MdB

Gabriele Hiller-Ohm MdB

Ralf Kapschack MdB

Marianne Schieder MdB

Dr. Dorothee Schlegel MdB

Swen Schulz MdB

Stefan Schwartz MdB

INHALT

DIALOGPAPIER	3
I. Gleiche Wertschätzung für berufliche und akademische Bildung	3
II. Neue Aufstiegschancen in Ausbildung, Studium und Beruf	4
1. Den Übergang in Ausbildung und Studium erfolgreich gestalten	5
2. Ausbildungschancen für alle ermöglichen	5
3. Ausbildungsbedingungen attraktiver machen	6
4. Berufliche und akademische Bildung verzahnen	7
5. Neue Aufstiegschancen für beruflich Qualifizierte eröffnen	8
III. Einladung zum Dialog	9

DIALOGPAPIER

I. GLEICHE WERTSCHÄTZUNG FÜR BERUFLICHE UND AKADEMISCHE BILDUNG

Das Verhältnis von beruflichem und akademischem Bildungssystem befindet sich in einem tiefgreifenden Wandel. Neben der deutlichen Zunahme der Schulabsolventinnen und -absolventen mit Hochschulzugangsberechtigung und der dynamisch steigenden Studierquote haben veränderte Qualifikationsanforderungen in vielen Berufsfeldern sowohl zu Veränderungen innerhalb der Systeme als auch zu einem veränderten Verhältnis der beiden Bildungssektoren untereinander geführt.

Das deutsche Bildungssystem ist historisch durch eine starke institutionelle Trennung von Berufsbildung und Hochschulbildung gekennzeichnet, die auf unterschiedlichen Rollenverständnissen der beiden Bildungsbereiche basiert. Während die Berufsbildung dem Konzept der „Beruflichkeit“ und der Verknüpfung von Ausbildung, Beruf und Erwerb folgt, steht bei der Hochschulbildung die berufliche Verwertung des Erlernten nicht im Vordergrund, sondern vielmehr die akademische und wissenschaftliche Qualifizierung. In den vergangenen Jahrzehnten lässt sich jedoch eine zunehmende Annäherung erkennen, bei der zum Beispiel die Fachhochschulen und die Hochschulen für angewandte Wissenschaften mit ihrem Konzept der angewandten Forschung und Lehre eine Scharnierfunktion eingenommen haben. Vor dem Hintergrund wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Veränderungen wie der Digitalisierung stellt sich die Frage, ob eine strikte Trennung von beruflicher und akademischer Bildung in vielen Berufsfeldern noch den Qualifikationsanforderungen entspricht. Gleichzeitig haben sich auch die individuellen Lebensentwürfe und die Ansprüche an die Gestaltbarkeit der eigenen Bildungs- und Erwerbsbiografie verändert. In Zeiten von Arbeiten 4.0 und Wirtschaft 4.0 steht daher auch unser Ausbildungs- und Qualifizierungssystem auf dem Prüfstand.

Das System der Dualen Ausbildung in Deutschland genießt international hohe Anerkennung. Geschätzt wird es nicht nur für eine hochwertige und praxisnahe Fachkräfteausbildung, sondern auch für seine Leistungen bei der Arbeitsmarktintegration der Auszubildenden. Es unterscheidet sich von anderen Ausbildungssystemen darin, dass es über den Lernort Betrieb gelingt, eine berufliche Handlungskompetenz auszubilden und so die Integration in den Arbeitsmarkt zu erleichtern, wie auch die Arbeitsmarktbeständigkeit von Fachkräften abzusichern. Die im europäischen Vergleich geringe Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland wird deswegen nicht zuletzt dem dualen Ausbildungssystem zugeschrieben. Auch in Bezug auf die Anpassung an veränderte Qualifikationsanforderungen hat sich das Berufsbildungssystem bisher als relativ erfolgreich erwiesen. Das deutsche System der beruflichen Bildung ist kein rein staatliches System, sondern fußt auf einer funktionierenden Sozialpartnerschaft. Gewerkschaften und Arbeitgeber sorgen gemeinsam für einen fairen Ausgleich zwischen den Interessen der einzelnen Betriebe, den Bedürfnissen ganzer Branchen und den Perspektiven der Jugendlichen.

In den vergangenen Jahren sind auch die Anforderungen an die Auszubildenden insbesondere im kognitiven Bereich in vielen Berufsfeldern gestiegen. Zudem haben die Unternehmen die Hürden für den Übergang in Ausbildung erhöht, indem sie oftmals den mittleren Schulabschluss zur Eingangsvoraussetzung für eine Ausbildung machen. Für Jugendliche mit niedrigem Schulabschluss wurde dadurch der Zugang zu einer berufsqualifizierenden Ausbildung zunehmend erschwert.

Im Bereich der akademischen Bildung hat sich das Rollenverständnis durch die Bologna-Reformen wesentlich verändert. In dem zuvor auf wissenschaftliche Grundausbildung ausgerichteten Hochschulsystem rückt nun auch die Erlangung von Beschäftigungsfähigkeit stärker in den Fokus. Die Auswirkungen dieser Veränderungen lassen sich besonders an der gewachsenen Zahl der oft sehr spezialisierten Studiengänge und am Zuwachs meist privater Hochschulen mit arbeitsmarktnahen und dualen Studiengängen ablesen, die immer

häufiger auch in Konkurrenz zur beruflichen Bildung treten. Die Wege an die Hochschulen sind zudem vielfältiger geworden. Die Öffnung der Hochschulen für Beruflich Qualifizierte ermöglicht den Zugang inzwischen auch ohne schulische Hochschulzugangsberechtigung.

Die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber für eine betriebliche Ausbildung ist seit 2007 um 19 Prozent gesunken. Dies ist einerseits auf den demographisch bedingten Rückgang der Schulabgängerinnen und Schulabgänger zurückzuführen, andererseits jedoch auch auf die Bildungsentscheidungen von Eltern und Jugendlichen. Im gleichen Zeitraum sank jedoch auch das Ausbildungsangebot der Betriebe um 13 Prozent. Die Entwicklung von Angebot und Nachfrage zeigt, dass - bei starken regionalen Unterschieden - nach wie vor ein Mangel an Ausbildungsstellen vorherrscht. Den etwa 41.000 Ausbildungsstellen, die bis zum 30. September 2015 noch unbesetzt waren, standen ca. 80.000 erfolglos suchende Bewerberinnen und Bewerber gegenüber. Mehr als 250.000 Jugendliche befinden sich darüber hinaus in Maßnahmen des Übergangssystems. In Regionen mit einem schwierigen Ausbildungsmarkt, wie dem Ruhrgebiet, entspannt sich die Lage trotz demographisch bedingtem Rückgang von Bewerberinnen und Bewerbern kaum. 2014/15 standen dort 0,69 Stellen je gemeldetem/r Bewerber/in zur Verfügung.

Bestimmte Gruppen von Jugendlichen werden dabei zunehmend von dem Zugang zu einer voll qualifizierenden Ausbildung faktisch ausgeschlossen. Nur jede/r zweite Bewerber/in mit einem Hauptschulabschluss findet nach der Schule direkt eine Lehrstelle. Noch dramatischer ist die Lage für Hauptschulabsolventinnen und -absolventen mit einem ausländischen Pass, von denen nur 37 Prozent unmittelbar eine Ausbildung beginnen. Mit Blick auf die Arbeitsmarktintegration der Geflüchteten könnte sich diese Problemlage weiter verschärfen. Ausbildungslosigkeit hat für die Betroffenen und für die Gesellschaft weitreichende Folgen. Die Arbeitslosenquote von Personen ohne Berufsausbildung liegt in Deutschland drei- bis viermal so hoch wie die allgemeine Arbeitslosenquote. Für bestimmte Gruppen hat das Berufsbildungssystem seine integrative Wirkung verloren. Auch das Übergangssystem gleicht diese mangelnde Integrationsleistung nicht aus.

Als Fazit kann festgehalten werden: Das Bildungs- und Ausbildungssystem in Betrieben und Hochschulen steht vor der Herausforderung, sich an die veränderten Rahmenbedingungen und an neue Aufgaben anzupassen. Dabei geht es nicht nur um das Ausschöpfen von Qualifikationspotenzialen und die Deckung des Fachkräftebedarfs, sondern auch um soziale Integration, gesellschaftliche Teilhabe und individuelle Gestaltungschancen.

II. NEUE AUFSTIEGSCHANCEN IN AUSBILDUNG, STUDIUM UND BERUF

Vor dem Hintergrund der beschriebenen Entwicklungen müssen wir das Verhältnis der beruflichen und akademischen Bildung neu bestimmen und an die veränderten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen anpassen. Unser Ziel ist es, diese Neubestimmung so gestalten, dass sie für alle jungen Menschen neue Chancen eröffnet und dass alle von den Möglichkeiten, die sich durch den Wandel der Arbeitswelt ergeben, profitieren können – durch neue Chancen auf Ausbildung, Studium und Berufseinstieg sowie individuelle Aufstiegs- und Entwicklungsperspektiven. Dabei wollen wir die Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Bildung durchsetzen, ihre jeweiligen Stärken weiterentwickeln und die Trennung der beiden Systeme überwinden. Deshalb gilt es, die Integrationsfähigkeit und die Attraktivität der beruflichen Bildung zu stärken, indem wir neue Wege in die Ausbildung eröffnen, Ausbildungsbedingungen verbessern und die Durchlässigkeit und Verzahnung beruflicher und akademischer Bildungswege vorantreiben. Wir möchten mit Ihnen ins Gespräch dazu kommen, welchen Beitrag die Bundespolitik zu einer Verbesserung der Einstiegs- und Aufstiegschancen in Ausbildung, Studium und Beruf und zu einer gleichen Wertschätzung von beruflicher und akademischer Bildung leisten kann.

1. DEN ÜBERGANG IN AUSBILDUNG UND STUDIUM ERFOLGREICH GESTALTEN

Insbesondere an den Übergängen im Bildungssystem kommen soziale Herkunft und Familienhintergrund in besonderem Maße zum Tragen. Neben den Auswahlmechanismen von Ausbildungsbetrieben oder Hochschulen beeinflussen dabei die persönlichen und familiären Erfahrungen und Rahmenbedingungen sowie die unterschiedlichen Informationsgrundlagen die jeweiligen Bildungsentscheidungen. Jeder Übergang im Bildungssystem stellt für Jugendliche und ihre Eltern eine besondere Herausforderung dar. Der Übergang von der Schule in Ausbildung oder Studium erfordert angesichts der Vielzahl der Optionen besondere Unterstützung.

Eine selbstbestimmte Studien- und Berufswahl setzt zunächst eine umfassende Information über die unterschiedlichen Bildungswege, Ausbildungsberufe und Studiengänge und die jeweiligen Entwicklungsperspektiven und Karrieremöglichkeiten sowie erste praktische Einblicke voraus, die auch geschlechtsspezifische Zuschreibungen aufbrechen. Die Angebote der Berufs- und Studienorientierung wurden in den vergangenen Jahren bereits stark ausgebaut und müssen zu einem integrierten schulform- und schulstufenübergreifenden System weiterentwickelt werden. Dazu gehören auch die Einbeziehung von außerschulischen, insbesondere betrieblichen, Lernorten und eine verstärkte Kooperation zwischen allgemeinbildenden Schulen und Berufsschulen.

Damit der Übergang in Ausbildung und Studium gelingt, bedarf es aber auch einer individuellen Beratung, Begleitung und Unterstützung. Dies gilt insbesondere für geringqualifizierte Jugendliche und junge Menschen mit Migrationshintergrund, die mit großen Schwierigkeiten bei dem Übergang in eine Ausbildung kämpfen. Jugendliche mit Migrationshintergrund haben besondere Probleme einen Ausbildungsplatz zu finden und wenn es ihnen gelingt, dann ist es seltener ihr Wunschberuf. Hier besteht besonderer Handlungs- und Unterstützungsbedarf. Die Studien- und Berufsberatung in Deutschland ist sehr komplex. Bei rund 17.000 Studiengängen und rund 3.000 unterschiedlichen Ausbildungen müssen Berufsberaterinnen und Berufsberater einen neutralen und großen Überblick über die verschiedenen Tätigkeiten behalten. Eine kompetente Berufsberatung, verbunden mit Praktika und aktuellen Informationen aus der Branche, kann hier hilfreich sein. Insbesondere für geringqualifizierte Jugendliche erscheint zudem eine gebündelte Zuständigkeit mit verlässlichen Betreuungspersonen sinnvoll.

1. **Welchen Beitrag kann der Bund zu einer Systematisierung und Qualitätssicherung der Berufs- und Studienorientierung leisten, die Jugendlichen die notwendigen Informationen und Unterstützung zu einer selbstbestimmten Berufs- und Studienwahl zur Verfügung stellt? Brauchen wir verbindliche Standards und wie müssten diese ausgestaltet werden?**
2. **Auf welche Weise kann die Beratung und Begleitung von Jugendlichen im Übergang von Schule und Beruf/Studium verbessert werden? Welche Institution(en) kann/können diese Beratung und Begleitung am besten leisten? Welche weiteren Akteure können dabei unterstützen?**
3. **Wie können Diskriminierungsmechanismen, z.B. aufgrund von Geschlecht, Migrationshintergrund oder sozialer Herkunft, im Übergang von Schule und Ausbildung sowie Schule in Studium entgegengewirkt werden?**

2. AUSBILDUNGSSCHANCEN FÜR ALLE ERMÖGLICHEN

Trotz sinkender Bewerberinnen- und Bewerberzahlen für betriebliche Ausbildungen haben sich die Chancen für bestimmte Gruppen auf den Zugang zu einer voll berufsqualifizierenden Ausbildung kaum verbessert. Nur knapp jede/r zweite Hauptschüler/in findet direkt eine Lehrstelle. Eine Vielzahl der Ausbildungsstellen ist für Hauptschülerinnen und Hauptschüler überhaupt nicht mehr zugänglich. Eine Auswertung der IHK-Ausbildungsbörse durch den DGB zeigte, dass zwei Drittel der dort angebotenen Stellen eine mittlere Reife oder

ein Abitur voraussetzen. Noch schwieriger gestaltet sich die Situation für Hauptschülerinnen und Hauptschüler mit Migrationshintergrund oder aus sozial benachteiligten Familien. Sie verfügen über ein beträchtliches Risiko zur Einmündung in Maßnahmen des Übergangssystems.

Auch im Jahr 2014 verließen 5,5 Prozent der Schulabgängerinnen und Schulabgänger und damit ca. 50.000 Schülerinnen und Schüler bundesweit das Regelschulsystem ohne einen Abschluss. Schulleistungs- und Alphabetisierungsstudien zeigen zudem, dass bei einem signifikanten Teil der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ernstzunehmende Kompetenzdefizite vorliegen. Diese Gruppen werden in besonderem Maße stigmatisiert und oft dauerhaft vom Zugang zum Ausbildungsmarkt ausgeschlossen. Hier sind neue Antworten und Fördermaßnahmen in der Schul-, Berufsbildungs- und Arbeitsmarktpolitik gefragt. Die neu vorgesehene Möglichkeit der Förderung von Grundkompetenzen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die noch nicht über einen Berufsabschluss verfügen, zur Vorbereitung auf eine abschlussbezogene berufliche Weiterbildung ist hier ein richtiger Schritt.

Vielen Betrieben fällt es schwer, sich auf die weniger qualifizierten Bewerberinnen und Bewerber einzulassen und einzustellen. Immer öfter bleiben Stellen deswegen eher unbesetzt. Insbesondere kleinere Betriebe ziehen sich oftmals gänzlich aus der Ausbildung zurück. Mit der assistierten Ausbildung als neuem Regelinstrument ist ein wichtiger Schritt getan, um Auszubildende und Betriebe in dieser Situation besser zu unterstützen.

Die Ausbildungsangebote schwanken regional sehr stark. So sind auch die Chancen auf eine Ausbildung regional unterschiedlich verteilt. Um allen Jugendlichen Zugang zu einer voll qualifizierenden Ausbildung und damit Zugangschancen zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen und den Fachkräftebedarf perspektivisch zu sichern, werden weitere Anstrengungen aller beteiligten Partner, aber vor allem auch von staatlicher Seite notwendig sein. Vor dem Hintergrund der derzeitigen Zuwanderungsbewegungen nimmt der Handlungsbedarf weiter zu.

- 4. Wie können wir die Bedingungen während und nach der Schulzeit verbessern, damit jede/r Jugendliche die Chance auf einen berufsqualifizierenden Abschluss erhält?**
- 5. Wie können ausbildungsbereite Betriebe bei der Integration von geringqualifizierten Jugendlichen besser unterstützt werden?**
- 6. Wie können wir den regionalen Unterschieden im Ausbildungsangebot besser begegnen? Welche Rolle müssen und sollen hierbei außer- und überbetriebliche Ausbildungsmöglichkeiten einnehmen?**
- 7. Was können wir tun, um geringqualifizierte Jugendliche beim Übergang in die Ausbildung besser zu unterstützen?**

3. AUSBILDUNGSBEDINGUNGEN ATTRAKTIVER MACHEN

Die Attraktivität von Ausbildungswegen hängt neben den beruflichen Perspektiven auch mit den Ausbildungsbedingungen und der Ausbildungsqualität zusammen, die sich in einzelnen Branchen stark unterscheiden. Die meisten unbesetzten Ausbildungsplätze finden sich so im Reinigungs- und Gastgewerbe oder der Lebensmittelverarbeitung. In diesen Bereichen bewerten Auszubildende die Ausbildungsqualität als besonders problematisch. Zu den qualitativen Mängeln gehören unter anderem das Ableisten von zahlreichen Überstunden, fehlende Ausbildungspläne und ein überdurchschnittlicher Einsatz für ausbildungsfremde Tätigkeiten.

Große Unterschiede in den Ausbildungsbedingungen bestehen auch zwischen den betrieblichen und den schulischen Ausbildungsgängen, die vor allem im Gesundheits-, Sozial- und Erziehungswesen angesiedelt sind. In den schulischen Ausbildungen, die vor allem von jungen Frauen absolviert werden, erhalten die Auszubildenden kein Ausbildungsentgelt, sondern müssen oftmals sogar Schulgeld entrichten. Die schulischen

Ausbildungsberufe des Sozial- und Gesundheitswesens zeichnen sich zudem durch begrenzte Karriereperspektiven und Aufstiegsmöglichkeiten aus.

Die Aufnahme einer Ausbildung ist für die Jugendlichen oft mit hohen Anforderungen an ihre Flexibilität und Mobilität verbunden. Dazu gehören der Aufbau eines eigenen Haushaltes bei Ortwechseln, aber auch Fahrwege zu Ausbildungsstelle und noch häufiger zur Berufsschule. Wo Studierende an den Hochschulen oft auf eine gut organisierte soziale Infrastruktur treffen, sind Auszubildende zumeist auf sich gestellt. Neben ihrer Ausbildungsvergütung sind sie dabei häufig auf familiäre oder staatliche Unterstützung oder einen Nebenverdienst angewiesen, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können. Das Durchschnittsalter der Auszubildenden ist in den letzten Jahren weiter gestiegen. Damit verändern sich auch die Ansprüche der Auszubildenden an eine selbstbestimmte Lebensführung. Die Vereinbarkeit von Familie und Ausbildung ist dabei ebenfalls ein Thema. So fehlt besonders vielen alleinerziehenden Frauen eine Berufsausbildung.

- 8. Welchen Beitrag kann der Bund leisten, um Auszubildende in betrieblichen und schulischen Ausbildungen finanziell besser abzusichern? Welche Rolle könnte dabei eine Mindestauszubildendenvergütung spielen und wie müsste diese aussehen?**
- 9. Welchen Beitrag kann der Bund leisten, um die soziale Infrastruktur (z.B. Mobilität und Wohnen) für Auszubildende zu verbessern?**
- 10. Wie können Ausbildungsformate familienfreundlicher gestaltet werden? Wie müssen rechtliche Rahmenbedingungen für Teilzeitausbildungen verbessert und unterstützt werden?**
- 11. Welchen Beitrag kann der Bund zur grundsätzlichen Verbesserung der Qualität der betrieblichen und schulischen Ausbildungen leisten?**

4. BERUFLICHE UND AKADEMISCHE BILDUNG VERZAHNEN

Die traditionelle Trennung von beruflicher und akademischer Bildung zeigt bereits erste Auflösungserscheinungen. Neben der Durchlässigkeit und der Möglichkeit, im Wechsel zwischen den Bildungswegen verschiedene Kompetenzprofile zu kombinieren, haben in den vergangenen Jahren hybride Formate, die Elemente oder Abschlüsse beider Bildungssysteme kombinieren, an Zulauf gewonnen.

Die Etablierung neuer Formate wie dem Dualen oder Trialen Studium bietet die Chance, die Vorteile beruflicher und akademischer Bildungsformate miteinander zu verknüpfen und damit auch auf veränderte Qualifikationsanforderungen zu reagieren. Ziel der Dualen Studiengänge ist dabei, durch diese Verzahnung des wissenschaftlichen Studiums mit anwendungsbezogenem Lernen in der Arbeitswelt gleichzeitig die Qualifikationen und die Erfahrungen in der Praxis zu vermitteln. Der regelmäßige Wechsel der Studierenden zwischen Hochschule und Unternehmen /sozialer Einrichtung führt meist zu einer hohen Übernahmequote durch den dualen Partner nach Beendigung des Studiums. Für eine gelingende Etablierung der neuen Formate müssen jedoch auch ein neuer Regelungsrahmen und ein System der Qualitätssicherung geschaffen werden. Der Begriff des Dualen Studiums umfasst heute sehr unterschiedliche Ausbildungsformate von einem ausbildungsintegrierten Studium bis hin zu einem Studium mit erweiterten Praxisanteilen. Die ersten Angebote an Trialen Studiengängen führen in vier bis fünf Jahren zu einer Kombination eines Ausbildungsabschlusses, eines Weiterbildungsabschlusses (Meister) und eines Studienabschlusses (Bachelor). Insgesamt gilt es bei den neuen Mischformaten mehr Transparenz zu schaffen und die Qualität der unterschiedlichen Ausbildungssteile sicherzustellen.

Für eine stärkere Verzahnung beruflicher und akademischer Bildung sind insbesondere auch die Potenziale der Fachhochschulen und Hochschulen für angewandte Wissenschaften voll auszuschöpfen und adäquat zu fördern. Neben der Verwirklichung einer breiten Öffnung des Hochschulzugangs für bisher vernachlässigte Studierendenklientele haben die Fachhochschulen und Hochschulen für angewandte Wissenschaften seit Jahrzehnten einen substanziellen Beitrag für die Entwicklung anwendungsbezogener Forschung und Lehre

geleistet. Es gilt, diese Expertise zu nutzen und die Angebote für qualitativ hochwertige und praxisorientierte Studiengänge zu fördern und auszubauen.

- 12. Sollten neue Mischformate der beruflichen und akademischen Bildung ausgebaut werden? Welche Bedarfe werden gesehen? Welchen Beitrag kann der Bund zum Ausbau leisten?**
- 13. Wie lässt sich die gegenseitige Anrechenbarkeit von Leistungen in beruflichen und akademischen Bildungswegen verbessern? Welche Hürden gibt es? Welche Modelle sind hier als Lösungen denkbar?**
- 14. Wie lassen sich berufliche und akademische Bildungswege besser verzahnen? Welchen Beitrag kann der Bund zur Förderung der Verzahnung leisten?**
- 15. Welcher neue Regelungsbedarf ergibt sich bei neuen Ausbildungsformaten wie dem Dualen oder Trialen Studium? Wie kann die Qualität der beruflichen und akademischen Ausbildungsteile gesichert werden?**
- 16. Welche besondere Rolle sollen und können die Fachhochschulen bei der weiteren Verzahnung der beruflichen und akademischen Bildung einnehmen?**

5. NEUE AUFSTIEGSCHANCEN FÜR BERUFLICH QUALIFIZIERTE ERÖFFNEN

Berufliche Qualifikationen bieten heute vielfältige Entwicklungsperspektiven. Neben beruflichen Aufstiegsfortbildungen wurde in den letzten Jahren bundesweit die formale Öffnung der Hochschulen für Beruflich Qualifizierte ohne schulische Hochschulzugangsberechtigung ermöglicht. Über Berufsausbildung und Berufspraxis wird so eine fachgebundene und über eine Aufstiegsfortbildung eine allgemeine Hochschulzugangsberechtigung erworben.

Trotz dieser formalen Öffnung bestehen weiterhin Hürden beim Zugang. Die Zahl der Beruflich Qualifizierten ohne schulische Hochschulzugangsberechtigung steigt zwar langsam an, bleibt aber mit weiterhin unter 3 Prozent der Studienanfängerinnen und -anfänger eines Jahrgangs verhältnismäßig gering. Die Hochschulen haben sich meist noch zu wenig auf Bedarfe dieser neuen Studierendengruppe eingestellt. Neben sozialen Hürden spielt dabei auch die Berücksichtigung der Familien- und Erwerbsituation der Studierenden eine Rolle, die oft flexiblere Angebote erfordert.

Bei der Schaffung einer neuen Durchlässigkeit im Bildungssystem spielen Fachhochschulen und Hochschulen für angewandte Wissenschaften eine immer stärkere Schlüsselrolle. Insbesondere gewährleisten sie, dass durch diese Öffnungsstrategie vermehrt auch akademische Karrierewege für jene Studierende eröffnet werden, deren Eltern keine Akademikerinnen und Akademiker sind. Ferner haben Fachhochschulen und Hochschulen für angewandte Wissenschaften für Beruflich Qualifizierte, beziehungsweise insbesondere für Absolventinnen und Absolventen von Berufsschulen mit dem Abschluss der Fachhochschulreife, eine Hochschulöffnung ermöglicht. Damit sind sie in ihrer institutionellen Struktur bereits ein Erfolgsmodell als Scharnier zwischen beruflicher und akademischer Bildung. Problematisch ist zur Zeit der Mangel an Nachwuchskräften im professoralen Bereich an Fachhochschulen.

Um das duale System auf Dauer auch für leistungsstärkere Jugendliche attraktiv zu gestalten, sind eine hohe Qualität der Ausbildung, eine angemessene Vergütung sowie verlässliche Karriereperspektiven notwendig. Eine wichtige Rolle spielt dabei auch die berufliche Aufstiegsfortbildung. Diese bietet mit ihrem eigenständigen Profil eine im Niveau gleichwertige Alternative zu einem Hochschulstudium. Deswegen gilt es, das System der beruflichen Fortbildung zu stärken und zukunftsgerecht auszubauen. Transparenz der Abschlüsse und ihrer Inhalte und Kosten, Akzeptanz und breite Inanspruchnahme sind wichtige Eckpfeiler für die Attraktivität der beruflichen Fortbildung.

17. Welchen Beitrag kann der Bund leisten, um die Willkommenskultur für Beruflich Qualifizierte an Hochschulen zu verbessern?
18. Wie müssen Studienformate und Studienfinanzierung für Beruflich Qualifizierte angepasst werden?
19. Wie lassen sich Bildungsgänge der Aufstiegsfortbildung und Bildungsgänge der Hochschulen besser verzahnen?
20. Wie müssen akademische Weiterbildungsformate aufgebaut sein, damit sie für beruflich und akademisch qualifizierte Fachkräfte von Interesse sind?
21. Wie muss die berufliche Fort- und Weiterbildung weiterentwickelt und gefördert werden, um an Attraktivität zu gewinnen? Wie kommen wir hier zu mehr Transparenz und einer verbesserten Qualitätssicherung?

III. EINLADUNG ZUM DIALOG

Wir laden Sie und allen anderen Interessierten zum Dialog darüber ein, wie die Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Bildung in Deutschland gestärkt werden kann. Deshalb sind wir an Ihren Stellungnahmen zu den formulierten Fragen sehr interessiert. Im Rahmen eines Dialogforums im Juni 2016 möchten wir mit Ihnen dann zu ausgewählten Fragen und Aspekten noch einmal vertieft diskutieren.

Auf der Basis der Stellungnahmen und des Dialogforums erarbeiten wir anschließend konkrete politische Konzepte für die Stärkung der Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Bildung, die in unsere parlamentarische Arbeit einfließen.

Neben Ihren schriftlichen Stellungnahmen und Ideen freuen wir uns auch über den direkten Austausch mit Ihnen zu unseren Fragen und über Einblicke in die Praxis. Kontaktieren Sie uns daher gerne für Gespräche und Projektbesuche.

Bitte schicken Sie uns Ihre Anregungen bis zum 15. März 2016 an britta.lenz@spdfraktion.de.

Kontakt

SPD-Bundestagsfraktion

Projektgruppe #NeueChancen

Referentin: Britta Lenz

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: 030 22751019

Email: britta.lenz@spdfraktion.de

Web: <http://www.spdfraktion.de/projekt-zukunft>

Twitter: http://twitter.com/spdbt_zukunft